

Fragen

für die Fragestunde der 129. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. September 2011

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bas, Bärbel (SPD)	77, 78	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 46
Becker, Dirk (SPD)	11, 12	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	9, 10
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	53	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	57, 58
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.)	91, 92	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Bollmann, Gerd (SPD)	13, 14	Kramme, Anette (SPD)	81
Bülow, Marco (SPD)	35, 36	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Burchardt, Ulla (SPD)	16, 17	Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	89, 90
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	40, 47	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	84, 85	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	5, 6
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	69, 70	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	59, 60	Nink, Manfred (SPD)	7, 8
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83
Ferner, Elke (SPD)	62, 63	Dr. Raabe, Sascha (SPD)	25, 26
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	37, 56	Röspel, René (SPD)	18, 19
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	39, 43	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	82
Herzog, Gustav (SPD)	87, 88	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	64, 65
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	24
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	54, 55	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 72
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	44, 45	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	22, 23
Kaczmarek, Oliver (SPD)	20, 21		
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	42		
Kelber, Ulrich (SPD)	15		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	38, 68		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schwarzelühr-Sutter, Rita (SPD)	86	Vogt, Ute (SPD)	3, 4
Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	75, 76	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	73, 74
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 61	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	79, 80	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	66, 67

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	21

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Seit wann werden im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Ministervorlagen und Schreiben der Hausspitze dergestalt erfasst, dass sich im BMU nachträglich, also auch heute, IT-basiert eruieren lässt, welche Ministervorlagen und Schreiben der Hausspitze es zu einem Themenbegriff, Sachverhalt, Standort o. Ä. und/oder in einem bestimmten Zeitraum gab?
2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann soll nach derzeitigem Planungsstand das Treffen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Frage einer Endlagerstandortsuche bzw. Suche von zu Gorleben alternativen Standorten stattfinden (falls noch kein Termin feststeht, wird gebeten, derzeit ins Auge gefasste Terminmöglichkeiten anzugeben), und wie sieht der aktuelle Zeitplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für die Erarbeitung des Entwurfs eines Endlagersuchgesetzes aus (bitte mit Angabe wesentlicher Zwischenetappen, Meilensteine etc.)?
3. Abgeordnete
**Ute
Vogt**
(SPD)
Welche Maßnahmen zur Vorbereitung der Stilllegung und des Rückbaus der am 6. August 2011 außer Betrieb genommenen Kernkraftwerke sind der Bundesregierung bekannt, die von den jeweiligen Betreibern geplant bzw. bereits durchgeführt werden, und welche Stilllegungskonzepte liegen diesen Planungen an den jeweiligen Standorten zugrunde?
4. Abgeordnete
**Ute
Vogt**
(SPD)
Wann wird der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf das Schreiben des niedersächsischen Ministerpräsidenten, David McAllister, antworten, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der in dem Schreiben enthaltenen Forderung der Rückholbarkeit von Atommüll bezüglich der Endlagersuche und bezüglich weiterer potenzieller Endlagerstandorte?

-
5. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Inwieweit sind für Brennelemente aus den acht in 2011 stillgelegten Atomkraftwerken ausreichend Castorbehälter verfügbar, um die Verweildauer in Abklingbecken auf das technisch notwendige Maß zu begrenzen, und falls diese nicht vorliegen, welche Gründe sind gegebenenfalls dafür verantwortlich?
6. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Werden Brennelemente aus den in 2011 stillgelegten Atomkraftwerken auch nach einer Abklingzeit von fünf Jahren in Abklingbecken gelagert werden, und welche Standorte betrifft dies im Einzelnen?
7. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD)
- Welche Ergebnisse der Prüfung des französischen Atomkraftwerkes Cattenom durch die französische Atomaufsichtsbehörde bei der Kontrolle im August dieses Jahres, die im Rahmen des europäischen Stresstests stattfand, sind der Bundesregierung bekannt, und wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass – wie Medien in der 38. Kalenderwoche berichteten – der französische Betreiber EDF das Kraftwerk Cattenom in einem eigenen Prüfbericht als sicher bezeichnet hat und zwar auch bei Erdbeben bis zu einer Stärke von 5,4 auf der Richter-Skala?
8. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen oder Schritte plant die Bundesregierung, um sich für einen internationalen Atomausstieg einzusetzen und somit auch zum Beispiel unser Nachbarland Frankreich – mit seinem Kernkraftwerk in Cattenom – zu einem Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft zu bewegen?
9. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Zu welchem Zeitpunkt wird das überarbeitete Kern-technische Regelwerk förmlich in Kraft gesetzt, und wie wird sichergestellt, dass die darin enthaltenen Maßgaben zu einer aktiven Überprüfungspraxis durch die jeweilige Atomaufsicht führen, soweit in den jeweiligen Atomanlagen solche angepassten Maßgaben oder Standards nicht erfüllt sind?

10. Abgeordnete
**Dr. Bärbel
Kofler**
(SPD)
- Wie wird die von der Bundesregierung angekündigte weitere Überprüfung der heute noch betriebenen Atomkraftwerke auf Konsequenzen aus den Erfahrungen mit der Havarie erfolgen (bitte mit Datumsangabe), und welche Vorbereitungen sind in diesem Kontext seit der Vorlage des Sonderprüfberichts der Reaktor-Sicherheitskommission getroffen worden?
11. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung jüngste Presseberichte ein, denen zufolge mit einem neuerlichen Anstieg der EEG-Umlage im kommenden Jahr zu rechnen ist, obwohl diese für das laufende Jahr um 0,8 Cent pro Kilowattstunde deutlich zu hoch berechnet wurde?
12. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- In welchem Umfang wird die privilegierte Strommenge, d. h. die Strommenge, die von der Zahlung der EEG-Umlage befreit ist, im Zuge der EEG-Novelle 2012 zunehmen, und welchen Einfluss hat die zunehmende EEG-Umlagebefreiung von Unternehmen auf die Entwicklung der EEG-Umlage für nichtprivilegierte Verbraucher?
13. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD)
- Aus welchen Gründen erlaubt die Bundesregierung die Überschreitung der Grenzwerte der 17. BImSchV (Bundes-Immissionsschutzverordnung) bei der Mitverbrennung von Abfällen in Anlagen (Zementwerken), die zu mehr als der Hälfte Müll verbrennen, und ist sie der Meinung, dass dies ökologisch risikolos ist?
14. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD)
- Welches Gefährdungspotenzial haben die Abfallgemische, die in Kraftwerken und Zementwerken mit verbrannt werden, insbesondere in Bezug auf anorganische Chlorgasverbindungen, Salzsäure, Kohlenmonoxid, Dioxine und Furane?
15. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Wie stellt die Bundesregierung im Regime des EU-weiten CO₂-Zertifikatesystems sicher, dass die kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten an Unternehmen im Luftverkehr nach deren Einbeziehung in das System nicht dazu führt, dass der Marktwert dieser Zertifikate im Wege der Opportunitätskostenwälzung auf die Zertifikatepreise aufgeschlagen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

16. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD) Wie viele in Österreich und den Niederlanden studierende Deutsche belegen ein Fach, das in Deutschland mit einem zentralen bzw. einem lokalen Numerus Clausus belegt ist, und welches sind die bevorzugten Fächer?
17. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD) Aus welchen Bundesländern stammen die in Österreich und in den Niederlanden deutschen Studierenden überwiegend?
18. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Aus welchen Gründen plant die Bundesregierung eine erhebliche Reduktion der Projektfördermittel für die Meeres- und Polarforschung, und welche Projekte sollen über die Erhöhung der Mittel für die „Hightech-Strategie für den Klimaschutz“ gefördert werden?
19. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Wie hoch waren die Abflüsse der im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel zur Förderung der Forschung an Fachhochschulen seit 2007, und wie viele Anträge wurden von 2007 bis heute – nach Jahren unterteilt – für diese Förderung eingereicht?
20. Abgeordneter
**Oliver
Kaczmarek**
(SPD) Für wann konkret ist die Unterzeichnung des „Nationalen Paktes für Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland“ zwischen Bund und Ländern geplant, und welche Partner haben angekündigt, sich an dem Pakt zu beteiligen?
21. Abgeordneter
**Oliver
Kaczmarek**
(SPD) Aus welchem Grund hat sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung aus der Finanzierung der Fachtagung Alphabetisierung, organisiert vom Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V., in diesem Jahr erstmals zurückgezogen, und wie wird diese Entscheidung fachlich begründet?

22. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)
- Inwieweit und in welcher Höhe erwartet die Bundesregierung Mehrausgaben bei der Umsetzung des Gesetzentwurfs auf Bundestagsdrucksache 17/6260 (Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen) und den begleitenden Maßnahmen?
23. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)
- Welche konkreten Planungen hat die Bundesregierung hinsichtlich einer neuen Kooperation der Berliner Charité mit dem Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, und innerhalb welchen Zeitraumes sollen zusätzliche Mittel des Bundes in diese Kooperation investiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

24. Abgeordnete
Karin Roth (Esslingen)
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass 44,7 Prozent der Mittel des develoPPP-Programms an Unternehmen mit Projekten in Schwellenländern, China oder Indien ausgezahlt werden, aber lediglich 7,9 Prozent an Projekte in allen Least Developed Countries (LDC), und wie passt dies mit der Aussage des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, zusammen, China sei kein Entwicklungsland mehr und es werden keine Mittel aus dem Einzelplan 23 für Vorhaben in und mit China ausgegeben?
25. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Welche Unternehmen wurden in den vergangenen zwei Jahren mit Mitteln in welcher Höhe aus dem Haushaltstitel 687 11 „Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft“ des Einzelplans 23 gefördert?
26. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Um wie viel Prozent ist die Zahl der Anträge auf eine Förderung aus dem Haushaltstitel 687 11 „Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft“ des Einzelplans 23 und das tatsächlich abgerufene Volumen aus dem Titel 687 11 in den vergangenen zwei Jahren angestiegen, und wie bewertet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Nachfrage nach Förderungen aus dem Titel seitens der Wirtschaft?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

27. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen verzögert sich die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 17/1918 angekündigte und in § 12 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWK-Gesetz) festgeschriebene Zwischenüberprüfung zur Wirksamkeit des KWK-Gesetzes für das Jahr 2011, und welche Auswirkungen hat dies auf den Zeitplan der noch für das Jahr 2011 angekündigten Novelle des KWK-Gesetzes?
28. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet der konkrete Untersuchungsauftrag (inklusive welcher energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die dem Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln – EWI Köln – vorgegeben wurden), den das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie laut dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages auf Ausschussdrucksache 17(9)609 an das EWI Köln zu Kapazitätsmärkten im Strombereich erteilt hat?
29. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es nach Erkenntnissen der Bundesregierung zu, dass das EEG-Konto im Mittelwert der ersten acht Monate dieses Jahres mit durchschnittlich 62 Mio. Euro im Plus war, mit welcher Entwicklung rechnet die Bundesregierung für die verbleibenden Monate, und erachtet die Bundesregierung eine Liquiditätsreserve für die Übertragungsnetzbetreiber für erforderlich?
30. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, ein Speichergesetz vorzulegen, und falls ja, bis wann soll der Regierungsentwurf vorliegen?
31. Abgeordnete
**Ingrid
Nestle**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, dass es sich schon mehrfach gegen die Schaffung eines Kapazitätsmarkts ausgesprochen hat, gleichzeitig aber ein Kraftwerksförderprogramm mit Investitionszuschüssen vorantreibt?

32. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern greift eine pauschale Förderung von Kraftwerken mit 15 Prozent der Investitionssumme weniger in den Markt ein als ein Kapazitätsmarkt, den der Bundesminister Dr. Philipp Rösler aufgrund seines tiefen Eingriffs in die Marktmechanismen beim EU-Ratstreffen der Wirtschafts- und Energieminister in Breslau abgelehnt hat?
33. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fortschritte hat die Bundesregierung bei der Umsetzung der im Rahmen des Energiekonzepts vom 28. September 2010 beschlossenen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz gemacht, insbesondere bezüglich des Pilotvorhabens zu Energiesparzertifikaten?
34. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung inzwischen ein Verfahren für das Monitoring festgelegt, ob und inwieweit die Ziele des Energiekonzepts vom 28. September 2010 erreicht werden, und wann wird der erste Monitoringbericht vorliegen?
35. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD)
- Wer erstellt das Gutachten, das als Grundlage für die Entscheidung über eine Hermesbürgschaft für den Bau des brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 dienen soll und in dem u. a. geprüft werden soll, ob spezifische Anforderungen im Katastrophenfall (beispielsweise bei Erdbeben) erfüllt sind, und wie ist der konkrete oder voraussichtliche Zeitplan für das weitere Vorgehen (Gutachtenvorlage, Datum, an dem über die Bürgschaft entschieden wird etc.) diesbezüglich?
36. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung ein Monitoring beim Bau des brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 vor, und inwiefern können Ergebnisse dieses Monitorings sich auf die Hermesbürgschaft für den Bau des Atomkraftwerks Angra 3 auswirken?
37. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der bestehenden Berichtspflicht, wonach in regelmäßigen Abständen zu informieren ist, einen weiteren tourismuspolitischen Bericht vorzulegen, nachdem der letzte Bericht im Februar 2008 veröffentlicht wurde und der Deutsche Bundestag 2009 eine Erweiterung der Berichtspflicht auf den Bauernhof- und Landtourismus beschlossen hat?

38. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann hat die Bundesregierung zuletzt Munitionslieferungen der Firma Fritz Werner nach Birma genehmigt, und welche Erkenntnisse hat sie über den Verbleib dieser Munition?
39. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Welche Bundesbehörde hat das Waffenexportverbot für die Firma Heckler & Koch (bitte mit Angabe von Grund und Datum) für die vier mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco ausgesprochen, und handelt es sich dabei um ein allgemeines Waffenexportverbot oder um eine spezifische Ausfuhrbegrenzung für die Firma Heckler & Koch?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

40. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Welche Informationen hat die Bundesregierung über den gegenwärtigen Aufenthaltsort und die Aktivitäten der nahezu 1 000 mit ihrer Hilfe in Äthiopien ausgebildeten somalischen „Polizisten“, unter denen sich auch Minderjährige befanden und die sich anschließend in der Provinz Gedo einer Äthiopien nahestehenden und mit der somalischen Übergangsregierung verbündeten Miliz angeschlossen hatten, und kann sie eine Beteiligung dieser an den Gefechten ab dem 11. September 2011 im Gebiet Eil Waq ausschließen, vor denen nach Angaben von IRIN (www.irinnews.org/report.aspx?reportID=93787) über 34 000 Menschen geflohen sein sollen, darunter viele, die bereits zuvor auf der Flucht vor der Hungerkatastrophe waren?
41. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchem Betrag beteiligt sich die Bundesregierung an dem Zivilgesellschaftsfonds, der laut dem Dritten Bericht über die Umsetzung des EU-Aktionsplans für Afghanistan und Pakistan (Ratsdok. 10170/11 vom 16. Mai 2011, S. 38) von Dänemark, Norwegen, Schweden und Großbritannien initiiert wurde, und in welchem Verhältnis steht dieser Fonds zum Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)?

42. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der geplanten Etatkürzungen beim US-amerikanischen Verteidigungsministerium in Höhe von bis zu 850 Mrd. US-Dollar (vgl. www.freitag.de/politik/1132-sparen-sparen-...-abruesten) auf die Standorte der US-Armee in Deutschland und insbesondere auf die Standorte in Ansbach und Grafenwöhr, und wie schätzt sie vor diesem Hintergrund die auf der Internetplattform „DoD Buzz“ (www.dodbuzz.com/2011/08/01/what-could-austerity-americas-defense-posture-look-like/) geäußerten Vermutungen ein, wonach die US-Armee alle in Deutschland bzw. Europa befindlichen Standorte bis auf Ramstein und Landstuhl schließen könnte?
43. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Gründe, Umstände und Haftbedingungen von den, nach Angaben von Human Rights Watch, 12 000 verhafteten Personen, die in Ägypten in den vergangenen Wochen vor ägyptische Militärtribunale gestellt und verurteilt wurden, und welche Unterstützung hat die Bundesregierung dem Obersten Militärtribunal bzw. der durch diesen eingesetzten Regierung bislang angeboten und in Aussicht gestellt?
44. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welche Behörden und Ministerien der NATO-Mitgliedstaaten (insbesondere Italiens, der USA, Frankreichs und Deutschlands) sowie Institutionen der Europäischen Union wurden von EU-Kapazitäten zur Satellitenaufklärung (etwa der Programme G-MOSAIC und SAFER des Global Monitoring for Environment and Security und des European Union Satellite Centre) ab dem 15. Februar 2011 mit Satellitenbildern unter anderem aus den libyschen Städten Bengazi und Tripolis versorgt, und welchen Beitrag zur Aufbereitung und Nutzung der jeweiligen Bilder leisteten das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Neustrelitz sowie dessen Zentrum für Satellitengestützte Kriseninformation?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

45. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) vom 21. September 2011, wonach die EU-Grenzschutzagentur Frontex

in Griechenland „Migranten wissentlich Bedingungen aussetzt, die eindeutig gegen internationale Menschenrechtsstandards verstoßen“, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass deutsche Beamte, die im Rahmen von Frontex in Griechenland eingesetzt werden, aufgegriffene Migrantinnen und Migranten mittelbar oder unmittelbar in griechische Auffanglager übergeben, in denen die von HRW aufgezeigten menschenverachtenden Zustände anzutreffen sind?

46. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu dem am 21. September 2011 veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch „The EU’s Dirty Hands. Frontex Involvement in Ill-Treatment of Migrant Detainees in Greece“ und den darin geäußerten Vorwürfen, dass alle Staaten, die sich an Frontex-Operationen an der griechisch-türkischen Grenze beteiligen, Verantwortung tragen und haftbar sind für Menschenrechtsverletzungen, da im Rahmen der Frontex-Mission Flüchtlinge in griechische Haftanstalten überstellt werden, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil vom 21. Januar 2011 als unmenschlich und erniedrigend verurteilt hat, und erwägt die Bundesregierung, der Empfehlung von Human Rights Watch nachzukommen und deutsche Beamte aus der Frontex-Mission Poseidon abzuziehen?

47. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass auch die EU-Kommission der Auffassung ist, dass das assoziationsrechtliche Verschlechterungsverbot nach Artikel 13 des Assoziationsratsbeschlusses ARB 1/80 bereits dann gilt, wenn Betroffene ihre Absicht bekundet haben, von der Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch zu machen, ohne zuvor in einem Arbeitsverhältnis gestanden zu haben (vgl. Stellungnahme der EU-Kommission vom 29. Juli 2011 in der Rechtssache C-256/11 des Europäischen Gerichtshofs, insbesondere die Nummern 7, 54 und 58), und was bedeutet das beispielsweise für die Bereiche Verlängerung der Mindestehebestandszeit zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts, Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug oder längerfristiges Aufenthaltsrecht nur beim Nachweis ausreichender Deutschkenntnisse?

48. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Saudi-Arabien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich vom 27. Mai 2009 dem Deutschen Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen, und plant die Bundesregierung, bis zur Ratifizierung dieses Abkommens die Entsendung von Personal und das Bereitstellen von Haushaltsmitteln für Projekte der Bundespolizei in Saudi-Arabien einzustellen?
49. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde bisher kein Nachfolger für Udo Hansen in seiner Funktion beim Einsatz der Bundespolizei in Saudi-Arabien benannt, und in welcher Weise wird derzeit die Tätigkeit der Bundespolizei in Saudi-Arabien koordiniert?
50. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft der „stern“-Bericht vom 14. Juli 2011 im Einzelnen zu, wonach im Mai 2009 der damalige Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, in Riad ein Abkommen mit Saudi-Arabien u. a. über dortige Sicherheitstrainings durch Bundespolizisten unterzeichnete, dessen Abschluss Voraussetzung für einen saudi-arabischen Milliardenauftrag an EADS zur Grenzmodernisierung gewesen ist und dessen Ratifizierung die saudi-arabische Botschaft in Deutschland im Oktober 2009 per Verbalnote 319/09 offiziell anmahnte, und welche Angaben macht die Bundesregierung zu den Ergebnissen ihrer Staatssekretärsrunde zu diesem Thema am 19. September 2011 hinsichtlich deren Erkenntnisse über diesbezüglich gezahlte geldwerte Vorteile sowie deren verabredeten Zeitplan zur Zuleitung eines Ratifizierungsgesetzentwurfs an den Deutschen Bundestag?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

51. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form befasst sich die Bundesregierung gegenwärtig mit der Frage, wie Betreuungsrecht und Psychisch-Kranken-Gesetze insbesondere vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention aufeinander abgestimmt werden müssen, und welche konkreten Fragen werden in diesem Zusammenhang erörtert?

52. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verbände und Personen sind in die Beratung eingebunden, und wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

53. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Auf welcher Grundlage erfolgte die Bemessung der Umsatzsteuer für die Wärmeabgabe aus einem vorrangig auf die Stromerzeugung und nicht auf die Wärmeproduktion ausgerichteten Biogas-Blockheizkraftwerk an das private Wohnhaus oder den landwirtschaftlichen Betrieb mit einem resultierenden Wertansatz von zu versteuernden 10 bis 15 Cent je Kilowattstunde Wärme, obwohl am Markt lediglich zwischen 2 und 6 Cent je Kilowattstunde Wärme gezahlt werden und die Selbstkosten der Bioenergieproduktion sich nicht gleichmäßig hälftig auf die Wärme und den Strom aufteilen lassen?
54. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund weicht Deutschland in dem Doppelbesteuerungsabkommen mit der Türkei in Artikel 18 Absatz 2 (Ruhegehälter) vom OECD-Musterabkommen ab, wonach Deutschland Renten besteuern kann, die aus Deutschland bezogen werden und Personen zufließen, die nicht in Deutschland, sondern in der Türkei leben, und wie viele Personen sind von dieser Regelung nach Schätzungen der Bundesregierung betroffen?
55. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 28. Juli 2011 (VI R 5/10), wonach vorweggenommene Werbungskosten durch Berufsausbildungskosten bei später auch im Ausland ausgeübter Tätigkeit zugelassen werden, und stimmt die Bundesregierung der Aufforderung des Bundesfinanzhofs zu, dass die Häufung von gegen die Verwaltungsmeinung ausfallenden Urteilen des Bundesfinanzhofs bei der Berücksichtigung von Berufsausbildungskosten zum Anlass genommen werden soll, die Problematik gesetzlich und nicht per Verwaltungsschreiben zu klären?

56. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Zu welchen Ergebnissen ist die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Harmonisierung der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze bei der Frage der Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Flusskreuzfahrten über den 31. Dezember 2011 hinaus gekommen, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung konkret daraus?
57. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Würde aus Sicht der Bundesregierung das aktuell der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) noch zu Verfügung stehende Bürgschaftsvolumen – auch unter Berücksichtigung der beabsichtigten Erweiterung – bzw. das geplante Bürgschaftsvolumen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ausreichen, um auch Hilfsprogramme für Spanien und/oder Italien aufzulegen?
58. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass das Volumen des EFSF von geplanten garantierten 750 Mrd. Euro und das geplante Volumen des ESM ab 2013 i. H. v. 700 Mrd. Euro künftig noch weiter erhöht werden müssen?
59. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass bei einem Ausfall der KfW-Darlehen in Höhe von 13,5 Mrd. Euro im Rahmen des ersten Hilfspaketes für Griechenland der Bundeshaushalt zusätzlich belastet wird, und mit welchen Belastungen (bitte mindestens angeben, mit welcher Belastung minimal und maximal gerechnet wird) ist für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 zu rechnen?
60. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Wie hoch läge der daraus resultierende kumulierte fiskalische Anpassungsdruck für die folgenden Haushaltsjahre?
61. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie entwickelten sich die Goldreserven Deutschlands seit Beginn der weltweiten Finanzkrise im September 2008 bis zum September 2011 (Anfangs-/Endbestand, Differenz nach Menge sowie Marktwert), und wo werden diese Goldreserven heute sicher aufbewahrt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

62. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD) Wie viele der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales genannten 17 000 Personen, die im Jahr 2013 die Anspruchsvoraussetzungen für die „Zuschuss-Rente“ erfüllen würden, erfüllen diese ausschließlich durch Beitragszeiten nach § 55 SGB VI?
63. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD) Soll die Zahlung der „Zuschuss-Rente“ an das Erreichen einer Altersgrenze oder den Bezug einer vollen Rente wegen Alters gebunden sein, und wie würden in dem Fall, dass das Erreichen der Regelaltersgrenze entscheidend ist, die Renten derjenigen berücksichtigt, die aufgrund eines vorzeitigen Rentenzugangs eine Rente mit Abschlägen beziehen?
64. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die gemachten Erfahrungen bei der Umsetzung des Teilhabepakets in Bezug auf den bürokratischen Aufwand, der bei den zuständigen Stellen einerseits und in den Kindertagesstätten und Schulen andererseits in der Abwicklung der vereinbarten Leistungen in den Bereichen der Mittagsverpflegung, der schulischen Unterstützung, der Bezuschussung von Klassenfahrten und der Gutscheine zur Teilhabe bei Sportvereinen, Musikschulen, Jugendfreizeiten etc. anfällt?
65. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD) Welche Veränderungen im bürokratischen Ablauf werden von der Bundesregierung aufgrund der vorliegenden Erfahrungsberichte betrieben oder sind geplant?
66. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.) Wie hat der Hauptausschuss des Mindestarbeitsbedingungengesetzes seine Ablehnung des Antrags auf einen Callcenter-Mindestlohn konkret begründet, und auf welche vorliegenden amtlichen Daten hat sich der Hauptausschuss bei seiner Einschätzung berufen, es gebe in der Callcenter-Branche keine sozialen Verwerfungen (bitte anders als in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/7132 tatsächlich auf die konkrete Begründung eingehen und konkret entsprechendes Datenmaterial nach verwandter Statistik etc. nennen sowie ausschlaggebende Werte)?

67. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist der Anteil der sogenannten Aufstocker (Erwerbstätige mit Bezug von Arbeitslosengeld II) in der Gesamtwirtschaft und in der Callcenter-Branche (bitte anders als in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 19 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/7132 entsprechende Quote nennen), und wie hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Callcenter-Branche seit 2000 entwickelt (bitte nach Bund und Bundesländern aufführen und wenn möglich den Beschäftigungsanteil der jeweiligen Bundesländer)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

68. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Aufgaben übernimmt das deutsche Unterseeboot U34 im Rahmen der Operation Active Endeavour (OAE)?
69. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung Informationen (vgl. Kölner Stadtanzeiger vom 22. September 2011), laut denen – entgegen den bisherigen Vorschlägen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, – Bonn Hauptsitz des Bundesministeriums der Verteidigung bleiben soll, und bis zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung in dieser Frage eine definitive Entscheidung treffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

70. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen verzögert sich die ursprünglich für den Monat September 2011 angekündigte Vorlage der Eckpunkte der Pflegereform – nach den vorliegenden Informationen – bis Ende Oktober 2011, und ist die Bundeskanzlerin bereit, das Gesetzesvorhaben zu ihrem persönlichen Anliegen zu machen, um das geplante Inkrafttreten der Reform zum 1. Januar 2012 zu sichern?

71. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht angesichts der erneuten Verschiebung der ursprünglich für den September 2011 angekündigten Vorstellung von Eckpunkten zur Pflegereform nunmehr der Zeitplan der Bundesregierung für diesen Gesetzgebungsprozess aus, und auf welche Art und Weise gedenkt die Bundesregierung dabei die erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung über die Finanzreform der Pflegeversicherung zu lösen?
72. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht der genaue Arbeits- und Zeitplan des Expertenbeirats aus, den die Bundesregierung für die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs erneut eingesetzt hat bzw. erneut einzusetzen gedenkt, und welche Auswirkungen hat dies auf die Planung des Gesetzgebungsverfahrens zur Pflegereform insgesamt?
73. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den Aussagen von Prof. Dr. Bert Rürup in seinem Interview mit der „taz“ vom 22. August 2011, die Kapitaldeckung komme zu spät und sei zu teuer, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass der geplante monatliche Beitrag für den Aufbau einer kapitalgedeckten Säule in der Pflegeversicherung nach Aussage von Prof. Dr. Bert Rürup „in keinem Verhältnis zu den Verwaltungs- und Anlagekosten“ stünde, „die monatlich auf 3 Euro geschätzt werden“, mit dem zusätzlichen Widerspruch, dass der Beitrag zur ergänzenden Kapitaldeckung trotzdem niedrig gehalten werden müsste, weil sonst ein Sozialausgleich nötig ist, damit aber ebenfalls bei niedrigen Beiträgen die von Prof. Dr. Bert Rürup bezifferten Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Ergebnissen zu hoch sind?
74. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung an ihrem Vorhaben fest, die soziale Pflegeversicherung durch eine kapitalgedeckte Säule zu ergänzen, obwohl die Auszahlungen erst in etlichen Jahren zur Verfügung stehen und dadurch die aktuellen Probleme in der Pflege nicht gelöst werden?
75. Abgeordnete
Kathrin Senger-Schäfer
(DIE LINKE.)
- Wann wird der angekündigte neue Pflegebeirat unter dem Vorsitz von Dr. Jürgen Gohde offiziell einberufen, und wie setzt sich dieser Beirat zusammen?

76. Abgeordnete
**Kathrin
Senger-Schäfer**
(DIE LINKE.)
- Wie viele der Menschen in Deutschland, die nach dem Vorschlag des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs anspruchsberechtigt wären, haben heute keinen Anspruch auf Leistungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch, da der enge Pflegebegriff diese von vornherein von der Leistungsgewährung ausschließt, und wie viele Menschen in Deutschland benötigen Unterstützung im Alltag und bei der häuslichen Versorgung, ohne dass sie Leistungen der Pflegeversicherung erhalten?
77. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die fehlende zeitliche wie räumliche Abstimmung zwischen dem Apothekennotdienst und der ärztlichen Notfallpraxis speziell in ländlichen Gebieten, insbesondere in Bezug auf § 23 Absatz 2 der Verordnung über den Betrieb von Apotheken (ApBetrO)?
78. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine Änderung der ApBetrO mit dem Ziel einer Koppelung zwischen den ärztlichen Notfallpraxen und den Apothekennotdiensten, und wie würde sich eine solche Änderung auf die Versorgung in Regionen mit einer geringen Versorgungsdichte auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

79. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch wird der finanzielle Beitrag des Bundes sein, vor dem Hintergrund, dass das Volumen für den Neubau des Militärkrankenhauses für die US-Airbase Ramstein in der Gemarkung Weilerbach rund 1,2 Mrd. Euro betragen soll, und auf welcher vertraglichen Grundlage bzw. Beschlussfassung beruht er?
80. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)
- Ist vor dem Hintergrund, dass auch Infrastrukturanbindungen außerhalb der US-amerikanischen Liegenschaft notwendig sein werden, mit weiteren Kosten zu rechnen?

81. Abgeordnete
**Anette
Kramme**
(SPD)
- Trifft die Aussage des stellvertretenden tschechischen Verkehrsministers Ivo Toman zu, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die bislang im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthaltene Elektrifizierung der Strecke Nürnberg–Marktredwitz nicht weiter verfolgen wird, und wenn ja, was sind die Gründe dafür?
82. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Finanzplanung des Entwurfs zum Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Auswirkungen auf den Bundesanteil zur Finanzierung der B 50 (neu) mit Hochmoselübergang, und wird das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieses Neubausvorhabens neu berechnet angesichts erwarteter Mehrkosten und geringerem Verkehrsnutzen wegen geänderter Verkehrsströme und sinkender Fahrgastzahlen des Flughafens Hahn?
83. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung den Widerspruch zwischen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bezüglich der Änderungsnotwendigkeit des § 35 Absatz 1 Nummer 4 des Baugesetzbuchs und der damit verbundenen Privilegierung von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich lösen, und welche inhaltlichen Gründe führen zu den unterschiedlichen Auffassungen beider Bundesministerien?
84. Abgeordneter
**Werner
Dreibus**
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den Fluglärm im Main-Kinzig-Kreis (Hessen) schnellstmöglich auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, insbesondere die Verlegung und Absenkung der Flugrouten rückgängig zu machen?
85. Abgeordnete
**Werner
Dreibus**
(DIE LINKE.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung auf die DFS Deutsche Flugsicherung Einfluss zu nehmen, um mit der Inbetriebnahme der neuen Start- und Landebahnen am Flughafen Frankfurt am Main des lärmärmere Anflugverfahren CDA einzuführen, wie dies auf dem Flughafen Köln/Bonn bereits praktiziert wird?

86. Abgeordnete
**Rita
Schwarzelühr-
Sutter**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Chancen ein, bis spätestens Ende dieses Jahres eine Lösung des Fluglärmstreits gemäß der Stuttgarter Erklärung mit der Schweiz herbeizuführen, und wird sie im Falle eines Scheiterns die Durchführungsverordnung zum 1. Januar 2012 verschärfen?
87. Abgeordneter
**Gustav
Herzog**
(SPD)
- Unter wessen Federführung wurde der deutsche Vorschlag für die Working Group on noise of the United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) erarbeitet, der diese Woche in Genf als deutsche Position für die Regulation No. 51 (Noise of M and N categories of vehicles) vorgelegt wurde, und auf welcher Rechtsgrundlage verhandelt die deutsche Delegation Grenzwerte für langfristig geltende Lärmemissionen von Pkw, die Fahrzeugen Lärmentwicklungen von bis zu 82 dB(A) zugestehen, statt den dringend notwendigen Lärmschutz der Bevölkerung zu gewährleisten?
88. Abgeordneter
**Gustav
Herzog**
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, ihre Lärmschutzziele zu erreichen, wenn sie in Genf für Lärmgrenzwerte von bis zu 82 dB(A) (zuzüglich weiterer 2 dB(A) für Off-Road-Pkw der Klassen N3 und M3) eintritt, obwohl selbst führende Automobilhersteller für Sportwagen mitteilen, dass sie ohne Weiteres 10 dB(A) leisere Pkw bauen könnten, wenn der Gesetzgeber die Grenzwerte anpassen würde, und wie vereinbart die Bundesregierung ihr Vorgehen mit den gesundheits- und sozialpolitisch dringend gebotenen Lärmschutzinteressen der Bevölkerung?
89. Abgeordneter
**Stephan
Kühn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wird die ehemalige Gemeindeverkehrsfinanzierung (Fortführung der Kompensationsleistungen nach dem Entflechtungsgesetz ab 2014 – Festlegung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP) bis 2019 mit finanziellen Mitteln ausgestattet, und welche Ergebnisse brachten bisher die Verhandlungen mit den Ländern?
90. Abgeordneter
**Stephan
Kühn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Konnte mit den Ländern Einvernehmen über den jährlichen Bedarf (2014 bis 2019) hergestellt werden, und welcher Bedarf ergibt sich aus Sicht der Bundesregierung?

91. Abgeordnete
**Heidrun
Bluhm**
(DIE LINKE.)
- Wie ist der aktuelle Stand der Einnahmen und der Abruf der Mittel im Energie- und Klimafonds (EKF) für das Jahr 2011 für die energetische Gebäudesanierung der KfW-Förderung (aufgeschlüsselt nach Plan und Ist zum 30. September 2011), und sind für das Jahr 2012 Beschränkungen bei der Auszahlung aus dem EKF zu erwarten?
92. Abgeordnete
**Heidrun
Bluhm**
(DIE LINKE.)
- Bereitet die Bundesregierung einen Ausgleich aus dem Bundeshaushalt für den Fall vor, dass die erwarteten Einnahmen des EKF nicht erreicht werden, um die geplanten Maßnahmen (energetische Stadtsanierung, CO₂-Gebäudesanierung, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität) dennoch durchführen zu können?